Nr. 197 XXVII. Jahrgang

Mittwoch, 23. Juli 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13529, 13628, 13897, 17198. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen
Die 54 mm breite Nonpareillezeile kostet 75 Pf., die 76 mm breite Reklamezeile M. 1,50, mit Platzvorschrift M. 2.— Für Stellen- oder Kunstlap 10 v. H. Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Vereinsanzeigen, amtliche Bekanntmachungen 25 v. H. Sondergebühr. Briefliche Anzeigen 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Personen nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abholung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1,70, vierteljährlich M. 5,10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1,70, vierteljährl. M. 5,10
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1,85, „ „ 5,55
Postbezug im Ausland u. Einzelnummern siehe unten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1,00, nach dem Auslande M. 1,80.
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Unsre Handelsaussichten in englischer Beleuchtung

Von unserm S.-Mitarbeiter

Rotterdam, 20. Juli

Daß sich die englische Handelswelt, unterstützt von dem Blockadeministerium und einer Kohorte unermüdlicher, Deutschland bereisender „Kommissäre", durch die Aufhebung der Blockade über Deutschland nicht im mindesten überraschen ließ, kann nach den hier vorliegenden Mitteilungen für zweifelsfrei gelten. Unmittelbar nach dem Zustandekommen des Waffenstillstandes machten sich Vertrauensmänner des britischen Handelsministeriums auf die Reise nach den deutschen Industriegebieten, um die noch vorhandene Erzeugungsfähigkeit des jahrelang abgesperrten Landes zu untersuchen. Die nach London gesandten Berichte klangen nicht sehr rosig, aber sie erweckten in englischen Industriekreisen die Besorgnis, daß eine „verfrühte Beseitigung der Schranken" dem Wiederaufbau der britischen Friedensindustrien nachteilig sein könnte. Die Regierung agierte nicht, dem Wunsche der führenden Fabrikanten Englands, den deutschen Erzeuger noch auf drei viertel Jahr hinaus ohne Rohstoffe zu lassen, nachzugehen.

Inzwischen setzten die in Deutschland befindlichen „Spezialkommissäre" ihr Werk fort. Einer von ihnen, der im Rufe eines der besten Kenner steht, schrieb, wie jetzt bekannt wird, an das Londoner Handelsministerium im April d. J., unmittelbar vor Beginn der Versailler Geschehnisse: „Ich habe festgestellt, daß die deutsche Regierung keinen Aktionsplan bezüglich ihrer künftigen Handelspolitik ausgearbeitet hat. Die Handelskreise selbst zeigen sich auch einer solchen Einmengung der deutschen Regierung in die Geschäfte der nächsten Zukunft abgeneigt. Man ist in deutschen Handelskreisen der Meinung, daß das Kartellwesen künftig nicht mehr als praktische Einrichtung anzusehen sei. Von einer Verschleuderung deutscher Waren im Auslande und unter dem Herstellungspreise, ist keine Rede. Was an Waren, die nach dem neutralen Auslande gehen sollen, vorhanden ist, soll mit Nutzen verkauft werden, doch ist vorauszusehen, daß gewisse, seit langer Zeit aufgestapelte Fabrikate zu billigeren Preisen losgeschlagen werden können als die Erzeugnisse neueren Datums.

Von einer Verstopfung neutraler Märkte durch deutsche Produktion ist keine Rede. Zu erwarten ist, daß sich die deutsche Handelswelt mit allen Kräften gegen eine Ueberflutung Deutschlands mit fremdländischen Erzeugnissen, sofern diese nicht gekauft werden müssen, wehren wird, und es sind auch in der deutschen Sozialdemokratie solche Strömungen zu beobachten. Sicher ist, daß die Deutschen mit gutem Gewinne arbeiten wollen. Ihre Bankorganisationen zeigen sich noch immer sehr kräftig und ermöglichen es den deutschen Fabrikanten, auf dem Weltmarkte wieder zur Geltung zu kommen." Der Berichterstatter versichert, daß die Arbeitsunlust in Deutschland der Industrie des Landes größeren Schaden zufüge, als die Streiks und die spartakidischen Unruhen. Soweit ließ sich dieser Vertrauensmann — vor dem Friedensschlusse! — aus. Man findet den Bericht in einer soeben erschienenen amtlichen Veröffentlichung des Londoner Handelsministeriums.

Vor die Tatsache der Blockade-Aufhebung gestellt, sucht die Northcliffepresse den breiten englischen Kreisen mitzuteilen und begreiflich zu machen, „was dies für England zu bedeuten habe". Der Volkswirtschaftler Wilson sagt hierüber im „Daily Mail": „Das erste Resultat der Blockade-Aufhebung wird sich zeigen, wenn Deutschland wieder als Käufer und Verkäufer auf dem Markte erscheinen wird. Um Besonderes zu leisten, fehlt ihm die prächtige Handelsflotte, die wir dem besiegten Industriestaate abgenommen haben. Fast der gesamte Tonnengehalt ist für Deutschland verloren. Deutschland wird bei seinen Schiffahrtsunternehmungen und Transporten größtenteils auf die Vereinigten Staaten und auf Skandinavien angewiesen sein. Als Einkäufer wird der Deutsche sich sofort auf Nährstoffe, Oelkuchen, Fette konzentrieren, also unser Konkurrent werden. Die Preise werden also steigen, und wir müssen darunter besonders leiden. In zweiter Linie interessiert sich der Deutsche für Rohstoffe, die er seiner Industrie zuführen will. Insofern wir nicht schon rechtzeitig für Rohstoffe in unserm Lande gesorgt haben, werden wir in nächster Zeit mit einer Verteuerung zu rechnen haben.

Als Zahlungsmittel für Rohstoffe vermag der Deutsche Erzeugnisse zu liefern, und das mit einer ziemlichen Promptheit, denn seine Fabriken, denen es bloß an Rohstoffen fehlt, sind intakt und können unverzüglich in Gang gebracht werden. Es hängt vom deutschen Arbeiter ab, auf den neutralen Märkten Stellung zu gewinnen. Sind die Deutschen imstande, kurze Lieferungsfristen den Neutralen zu gewähren, dann machen sie das Geschäft, weil der Neutrale dringend Ware benötigt. Mit papiernen Versprechungen begnügt er sich aber nicht. Die Lohntarife sind in Deutschland zwar sehr hoch gestiegen, aber bei der tief gesunkenen Auslandsvaluta kann der deutsche Fabrikant für die Herstellungskosten bedeutende Summen in Mark bezahlen und trotzdem auf den fremden Märkten billig verkaufen. Infolgedessen werden wir in Bälde die deutsche Konkurrenz merken, wenngleich die vorgesehenen Einschränkungen, d. h. das Zurückdrängen der deutschen Waren, ihren mildernden Einfluß ausüben werden. Wenn ins deutsche Kohlenrevier wieder Ordnung kommt, so dürfte das unsern Kohlenexport nachteilig beeinflussen. Immerhin ist diese Gefahr gering, da ja das Saarbecken den Deutschen genommen und der Verlust von Oberschlesien nicht ausgeschlossen ist ..."

Viel Lärm um nichts

Der 21. und 22. Juli sollte nach vielen lauten Ankündigungen zu einem Ruhmestag der internationalen organisierten Arbeiterschaft werden. Die Sozialisten der siegreichen Länder, denen sich die neutralen zum Teil anzuschließen versprochen hatten, wollten an diesen Tagen durch einen Generalstreik protestieren gegen die Vergewaltigung der russischen Sowjetrepublik durch die Truppen der Entente und gegen den allem sozialistischen Denken und Empfinden hohnsprechenden Friedensvertrag von Versailles. Wochenlang verkündeten Fanfaren die Vorbereitungen der Arbeiterorganisationen Frankreichs, Englands und Italiens für diesen Appell an das sozialistische Gewissen der Welt. Europa harrte einer Riesendemonstration zur Rettung der Unterdrückten — das heißt Europa war es nicht, das harrte, denn eigentlich fand die Botschaft von einer Solidaritätskundgebung des internationalen Proletariats wie immer nur Glauben bei den gutgläubigen Deutschen.

Und wie kam es nun? England denkt nicht daran, für uns oder die Russen zu streiken. Einige kleine wirtschaftliche Streiks sind zur Zeit auch in England im Gange, aber von einem politischen Streik, oder gar von einem Generalstreik als Protest gegen die imperialistische, kapitalistische Regierung Lloyd Georges ist nicht die Rede. Der englische Arbeiter hat durch das Ansagen des Generalstreiks genug getan für die internationale sozialistische Moral, er wendet sich wieder seinen eigenen Lohnsorgen zu. — Und ebenso machte es Frankreich. Dort hat, bevor der angesagte Termin heranrückte, die Arbeiterschaft schon zum Rückzug geblasen, indem der Verwaltungsrat des Arbeiterverbandes die Vertagung des Proteststreiks auf einen unbestimmten Termin beschloß, wodurch die französischen Sozialisten von neuem bewiesen haben, daß sie im Versprechen größer sind, als im Halten.

Auch in Italien ist der geplante Proteststreik ins Wasser gefallen, obwohl er hier, wo wie bei uns dauernd irgendwo gestreikt wird, am leichtesten hätte markiert werden können, so daß wenigstens der äußere Schein gewahrt worden wäre. Soweit aber Meldungen aus Italien eintreffen, läßt sich erkennen, daß sich an dem gewohnten unruhigen Bild Italiens infolge des 21. und 22. Juli nichts wesentlich geändert hat. Man streikt in Italien aus wirtschaftlichen Gründen, vielleicht sogar heute ein klein wenig mehr, weil die Gelegenheit gerade günstig ist, aber man streikt keineswegs zum Protest gegen die Einmischung in Rußland oder die Vergewaltigung Deutschlands und seiner Verbündeten.

Nur Deutsche haben, wie immer, geglaubt, Ausländer könnten gemeinsame Interessen über ihre vaterländischen stellen, und — haben wieder einmal gestreikt.

× Wien, 21. Juli. Wien stand heute im Zeichen des Generalstreiks. Mit Ausnahme der Bäckerläden und Lebensmittelgeschäfte, die in den ersten Morgenstunden offen hielten, waren alle Geschäfte, Cafés und Gasthäuser sowie Kaufläden durchweg geschlossen. Der Verkehr der Straßenbahnen war vollkommen eingestellt. Die von der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei veranstalteten Versammlungen und Straßenumzüge nahmen einen vollkommen ruhigen Verlauf.

⊙ Genf, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach Telegrammen aus Paris ist der gestrige Tag in Paris ohne Zwischenfälle verlaufen. Von irgendeiner größeren Demonstration der Arbeiterschaft war nichts zu merken. In allen Fabriken und Betrieben wurde gearbeitet. Nur in einer Vorstadt kam es zu dem Versuch eines Demonstrationsumzuges, an dem sich jedoch kaum 100 Anarchisten und Syndikalisten beteiligten.

⊙ Genf, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Lyon und Marseille verlief der Montag ohne wesentliche Kundgebungen. In Lyon hatte noch am Sonntag das Gewerkschaftskartell die Arbeiter gewarnt, sich an feindlichen Versuchen gegen die Einigkeit des französischen Volkes zu beteiligen, da durch die Teilnahme Deutschlands (!) die gedachte Kundgebung ihres eigentlichen Charakters und Zweckes entkleidet worden sei.

⊙ Rotterdam, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: In London zeigte sich am Montag das Bild wie alle Tage. Nirgends kam es zum Versuch einer Demonstration oder einer Kundgebung für den Weltfrieden. Hoch- und Untergrundbahn verkehrten wie alle Tage. Auch in englischen Industriebezirke in Manchester und Birmingham verhielt sich die Arbeiterschaft teilnahmslos. Nur in Liverpool versuchten die Hafenarbeiter, Umzüge zu veranlassen.

●

Der „Berliner Lokalanz." meldet aus dem Haag: In verschiedenen großen Städten Hollands war heute vom Generalstreik keine Rede. In Amsterdam streikte etwa der zehnte Teil der kommunalen Arbeiter. In Rotterdam fahren auch die Straßenbahnen. Ruhestörungen wurden nicht gemeldet.

●

Nur in Norwegen

* Kopenhagen, 22. Juli. Nach einem Telegramm aus Kristiania ist dort gestern der Generalstreik ausgebrochen. Alle Geschäfte sind geschlossen. Der Eisenbahnverkehr ist eingestellt. Auch der Schiffahrtsverkehr im Hafen ruht vollständig. Seit heute morgen ist kein Dampfer abgegangen. Die Arbeiter verlangen die Erfüllung folgender Forderungen: Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung in Rußland, Asylrecht für ausländische Flüchtlinge. Sofortige Durchführung eines gerechten Wahlgesetzes mit allgemeinem Stimmrecht. Anerkennung der Soldatenräte und allmähliche Auflösung des Militärs. Sozialisierung der wichtigsten Betriebe.

Der vergebliche Sympathiestreik

Im Ausland haben die zuerst geplanten Demonstrationsstreiks gegen den Imperialismus und die Vergewaltigungspolitik keinen Erfolg gehabt. Wo dort gestreikt wurde, waren rein wirtschaftliche Forderungen der Grund. Der „Sympathiestreik", der von einem Teil der deutschen Arbeiterschaft angestrebt wurde, war also völlig vergeblich.

In Dresden

ist der gestrige Tag vollkommen ruhig verlaufen. Zu Streiks ist es, soweit Erkundigungen einzuziehen waren, nirgends gekommen. Alle öffentlichen Kundgebungen sind ohne Zwischenfall verlaufen. Am Nachmittag 4 Uhr veranstaltete die Unabhängige Sozialdemokratische Partei eine große Versammlung auf dem Schützenplatz. Mehrere Redner, unter ihnen die Volkskammermitglieder Fleißner und Menke, sprachen für die internationale Verbrüderung, für den Gedanken der Weltrevolution. Sie schlossen mit einem Hoch auf den Sieg des internationalen Sozialismus. Durch Händeaufheben wurde eine Entschließung in diesem Sinne angenommen. — Die Mehrheitssozialdemokraten hielten am Abend drei öffentliche Versammlungen, bei denen Volkskammerpräsident Fräßdorf, Justizminister Dr. Harnisch und Volkskammermitglied Sindermann gegen den Gewaltfrieden sprachen. Die Redner sprachen die Hoffnung aus auf eine baldige Verständigung der Sozialisten aller Länder, wiesen auf die Gefährdung der Revolution von rechts und links hin und riefen zum einmütigen Zusammenstehen des arbeitenden Volkes auf. In der Aussprache kamen auch Unabhängige und Kommunisten zu Wort. Auch hier wurden Entschließungen im Sinne der Ansprachen angenommen. Die Versammlungen lösten sich überall ruhig auf.

In Berlin

ist der gestrige Streiktag ohne allzu ernste Zwischenfälle verlaufen. Es gab lediglich unblutige Zusammenstöße zwischen Ordnungstruppen und demonstrierenden Streikenden. Am Nachmittag gegen ½2 Uhr stieß ein Zug von mehreren tausend Demonstranten am Schloßplatz auf Regierungstruppen. Als die Menge sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zerstreute, die Drohungen halbwüchsiger Burschen immer unverschämter wurden und sogar ein Schuß gegen die Truppen abgefeuert wurde, gab die Wache eine blinde Salve ab; zwei Personen sollen durch Schüsse verletzt worden sein. Unter den Linden, an der Ecke der Wilhelmstraße, genügten ebenfalls einige Schreckschüsse, um einen großen Zug, der zur Reichskanzlei wollte, in die Nebenstraßen zu drängen und zu zerstreuen. Gegen Abend nahmen die Ausschreitungen etwas ernstere Formen an. Um 5 Uhr waren die Versammlungen der Mehrheitssozialisten in verschiedenen Sälen Groß-Berlins angesetzt. Die Unabhängigen und Kommunisten, denen die Vormittagsversammlungen unter freiem Himmel, mit Ausnahme der im Treptower Park, verboten waren, hatten die Parole ausgegeben, die Versammlungsräume der Mehrheitssozialisten zu besetzen und die Veranstaltungen zu sprengen. Diese Parole wurde planmäßig durchgeführt, und es kam im Gewerkschaftshaus zu ernsten Zusammenstößen, bei denen Tische und Stuhlbeine, Bierseidel und auch Schußwaffen eine Rolle spielten. „Statt Völkerversöhnung Bruderkampf", überschreibt der „Vorwärts" sehr zutreffend seine Betrachtung über den gestrigen Tag. „Ein Tag der Hoffnung sollte es sein, ein Zeichen der wiedererwachenden Versöhnung, des Verständigungswillens unter den Menschen. Was ist er geworden? Wütender, leidenschaftlicher Kampf der Arbeiterklasse untereinander, haßerfüllter Bruderstreit, ein wildes Dreinschlagen in der gewalttätigsten Form. Das Versammlungswesen der Berliner Arbeiterschaft hat einen noch nicht dagewesenen Tiefstand erreicht. Besser wäre es gewesen, man wäre zu Hause geblieben, als daß man sich vor der Welt mit dieser Schande belastete."

Aus dem Reiche

liegen folgende Meldungen vor: In Spandau wurde in allen lebenswichtigen Betrieben gestreikt. Die Straßenbahner, die Gas- und Elektrizitätsarbeiter sind ausständig. In den Staatsbetrieben Spandaus wurde gearbeitet. — In Braunschweig beteiligten sich am Streik die Arbeiter aller Werke im Verein der Braunschweigischen Metallindustriellen, der Teigwarenfabriken, der Eisenbahnwerkstätten am Hauptbahnhof und Bahnhof Ost. Die Angestellten der Industriebetriebe beteiligten sich nicht am Ausstande. In den Betrieben der Konservenindustrie wurde gearbeitet, da die Streikleitung von vornherein angeordnet hatte, daß diese Betriebe wegen der Wichtigkeit für die Lebensmittelversorgung nicht stillgelegt werden sollen. — In Breslau hatte die Mehrheit der Arbeiterschaft den Streik abgelehnt. — In Leipzig hat die Demonstration zu keinem Streik geführt. Die Geschäfte waren geöffnet und die Straßenbahnen verkehrten. — Der Betrieb in den Zweigen der Erfurter Industrie ruhte vollkommen. Die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts- und Wasserversorgung sind ebenfalls in den Ausstand getreten, aber die Straßen- und Eisenbahnen verkehrten. — In Stettin streikten die Arbeiter der großen Betriebe, aber die Verkehrsmittel arbeiteten. — Die Demonstrationen in Kiel sind ohne nennenswerte Störungen verlaufen. In allen größeren Werken ruhte die Arbeit. Auch die Verkehrsmittel in Stadt und Hafen waren außer Betrieb.

In Halle a. S. wurde von der dortigen Arbeiterschaft gestreikt. Die Betriebe ruhten fast ausnahmslos, während die Geschäfte offen hielten. Der Straßenbahnverkehr ruhte ebenfalls, der Personenverkehr auf der Eisenbahn wurde aufrecht erhalten. Die Zeitungen sind mit Ausnahme der „Hallischen Zeitung" nicht erschienen. Gegen 10 Uhr vormittags bewegte sich der Demonstrationszug mit etwa 3000 Teilnehmern durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Marktplatz, wo mehrere Redner, u. a. auch der Abg. Baak-Remscheid, Ansprachen für die Befreiung des internationalen Proletariats vom Kapital und Imperialismus gehalten wurden. Die Demonstration verlief ohne jede Störung.

In Plauen i. V. ist der Tag sehr ruhig verlaufen. Die Mehrheitssozialisten hatten für nachmittags 5 Uhr eine große Versammlung nach dem „Plater" einberufen, die Unabhängigen zwei Volksversammlungen nach dem Garten des Gewerkschaftshauses und dem Felsenschlößchen. Es sprachen Jäckel-Berlin, Koppe-Berlin und Rödel-Stuttgart. Auf dem Altmarkt vereinigten sich dann beide Gruppen zu einer großen Demonstration. Der weite Platz war von Tausenden von Menschen gefüllt. Zwei Redner sprachen von den Stufen des Albert-Denkmals zur Menge, ein dritter Redner hielt von der Treppe des alten Rathauses aus eine Ansprache, und jeder schloß mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

●

Unruhen in Insterburg

* Insterburg, 22. Juli. In Insterburg kam es am Freitag und Sonnabend zu Unruhen. Der Arbeiterrat, der Vorstand der U. S. P. D. und die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung haben infolgedessen an den Reichswehrminister, den Minister des Innern und an das Generalkommando Königsberg eine Drahtung gerichtet, in der sie fordern: 1. die kürzlich eingerückten Jäger zu Pferde sofort abzutransportieren, da sie angeblich Grund zu den Unruhen gaben; 2. weitere Grenzschutztruppen unter keinen Umständen nach Insterburg zu legen und 3. den übrigen Insterburger Truppen das Tragen von Waffen außer Dienst zu verbieten. Staatskommissar Winnig, der gestern in Insterburg eintraf, versprach den Vertretern der Gewerkschaften die Beseitigung der Mißstände.

●

Spartakidischer Ueberfall in Eisenach

* Eisenach, 22. Juli. In der vergangenen Nacht machten spartakidische Elemente einen Ueberfall auf den vor zwei Monaten durch einen ähnlichen Angriff zerstörten Güterbahnhof Eisenach. Kurz vorher hatte man Mannschaften der Garnison und des hier liegenden Panzerzuges entwaffnet und mißhandelt. Die Alarmierung des Panzerzuges und das Gegenfeuer der Regierungstruppen verscheuchten die Aufrührer. Es ist nur geringer Sachschaden entstanden. Eisenach befindet sich noch immer im Belagerungszustand. Der für gestern geplante große Demonstrationsumzug konnte deshalb nicht stattfinden.

●

Gegen die passive Resistenz

* Hamburg, 22. Juli. Die Direktion der Vulkan-Werft hat der Arbeiterschaft erklärt, daß, wenn das von den Radikalen eingeführte Kampfmittel der passiven Resistenz nicht aufhöre, sie einfach den Betrieb stillegen werde und dadurch Tausende von Familienvätern brotlos werden würden.

●

Ein neuer Konflikt im Bankgewerbe

× Berlin, 21. Juli. Wie der Allg. Verband der deutschen Bankbeamten mitteilt, haben sich die Berliner Bankleitungen geweigert, mit den Angestellten- und Arbeiterausschüssen über die geforderte Auszahlung der Beihilfen in Unterhandlungen einzutreten. Die Bankleitungen verwiesen die Ausschüsse an die Organisationen. Da nach den Bestimmungen der Verordnung vom 28. Dezember 1918 die Bankleitungen verpflichtet sind, mit den Ausschüssen zu verhandeln, riefen die Obleute der in Frage kommenden Ausschüsse im Beisein des Verbandsleiters Marx heute vormittag die Intervention des Reichsarbeitsministeriums an. Das Reichsarbeitsministerium ließ darauf dem Verband Berliner Bankleitungen wissen, daß die einzelnen Direktionen gesetzlich verpflichtet seien, mit den Ausschüssen zu verhandeln. Es steht also zu erwarten, daß die Verhandlungen in den einzelnen Instituten in den nächsten Tagen beginnen werden und damit der durch die anfängliche Weigerung der Bankleitungen geschaffene neue Konfliktstoff, der bereits bei der Mitteldeutschen Kreditbank Berlin und der Kommerz- und Diskontobank in Hamburg zur Ueberreichung befristeter Erklärungen geführt hat, zunächst aus dem Wege geräumt ist.

Die Abstimmung in Schleswig

* Kopenhagen, 22. Juli. Wie das Pariser „Journal" meldet, hat Marschall Foch die deutsche Regierung ersucht, für den Transport eines alliierten Bataillons von Köln nach Flensburg Sorge zu tragen, wo es den Ordnungsdienst (!) während der Abstimmung in Schleswig übernehmen soll.

●

Die selbständige Provinz Oberschlesien

Zu der oberschlesischen Frage erfährt die „Voss. Ztg." entgegen Ableugnungen in der Presse von zuständiger Seite: Die preußische Staatsregierung beabsichtigt, den preußischen Provinzen weitestgehende Autonomie zu gewähren und hat, wie schon in den Blättern gemeldet, einen Gesetzentwurf in diesem Sinne ausgearbeitet. Falls Oberschlesien für Deutschland stimmen sollte, soll eine Provinz Oberschlesien errichtet werden. Damit wäre den Selbständigkeitsbestrebungen weitreichendes Entgegenkommen bewiesen, so daß auch diejenigen, deren Bestreben dahingeht, aus Oberschlesien einen selbständigen Freistaat zu machen, durch diese Lösung der Frage befriedigt sein könnten.

●

Ein Opfer der Franzosen

× Saarbrücken, 21. Juli. Der hier in Untersuchungshaft befindliche Bürgermeister von Völklingen wurde tot in seiner Zelle aufgefunden. Er sollte für die von ihm als Hauptmann der Landwehr und Kommandeur eines Pionierbataillons angeblich angerichteten blanken Zerstörungen von einem Kriegsgericht abgeurteilt werden.

●

Der Postverkehr mit England

× London, 21. Juli. Dem Reuterschen Bureau zufolge teilte das Postamt mit, daß jetzt wieder Post für Deutschland angenommen wird.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190723/1